



Unternehmensfinanzierung

AKTUELL

23. Februar 2022

Überblick

Pandemieentwicklungen, Preissteigerungen und Lieferengpässe halten die konjunkturellen Entwicklungen gegenwärtig noch in Schach. Erwartet wird eine Entspannung im Jahresverlauf und erste Weichenstellungen der EZB. Geopolitische Spannungen bleiben.

2

Unternehmen bekommen die Auswirkungen dieser Störfaktoren direkt zu spüren und sind weiterhin noch zurückhaltend bei Investitionen. Indikatoren wie steigende Gewerbeanmeldungen und sinkende Insolvenzen setzen gleichwohl wichtige Impulse.

4

Damit Banken ihrer Rolle bei der Finanzierung des Aufschwungs und der Transformation nachkommen können, sollten pauschale makroprudenzielle Kapitalerhöhungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

5

Die Kreditbedingungen für Unternehmen bleiben stabil. Erwartungen seitens der Unternehmen und Banken gehen von einem baldigen Anstieg der Nachfrage nach Unternehmenskrediten aus – dies bestätigen auch aktuelle Zahlen des 4. Quartals 2021.

6

Die Implikationen von Sustainable Finance sind umfangreich und in ihrer Gänze noch nicht absehbar. Neben den mit den Anforderungen verbundenen Herausforderungen bieten sich aber zahlreiche Chancen und Wettbewerbsvorteile, die es zu nutzen gilt.

9

Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland

Deutsche Wirtschaft noch immer im Stop-and-Go-Modus

Die deutsche Wirtschaft ist zum Jahresende 2021 erneut ins Stocken geraten. Im vierten Quartal 2021 kam es zu einem überraschend deutlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums (-0,7 % ggü. Vorquartal). Die Entwicklung der Pandemie und eine neue Virusvariante haben im Winterhalbjahr erneut zu sozialen und wirtschaftlichen Einschränkungen geführt. Hinzu kamen die weiterhin bestehenden Lieferengpässe sowie stark gestiegene Preise – insbesondere die Energiepreise haben sich im vergangenen Jahr deutlich erhöht.

Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass die deutsche Wirtschaft sehr verhalten in das Jahr 2022 gestartet ist. Wie sich das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal dieses Jahres entwickeln wird, hängt maßgeblich vom Verlauf der Pandemie und den damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Einschränkungen, sowohl in Deutschland als auch weltweit, ab. In einigen Ländern kommt es bereits zu deutlichen Lockerungen der pandemiebedingten Beschränkungen. Dennoch werden die wirtschaftlichen Folgen der aktuellen Einschränkungen und die anhaltenden Liefer- und Materialengpässe das Wirtschaftswachstum im ersten Vierteljahr 2022 voraussichtlich dämpfen, zumal mit den sich zuspitzenden Spannungen im Russland-Ukraine-Konflikt ein weiterer wirtschaftlicher Risikofaktor hinzugekommen ist.

Spätestens ab dem Frühjahr 2022 sollte es jedoch wieder zu einem deutlichen Rückgang der Infektionszahlen kommen. Dann sollten auch die wirtschaftlichen Erholungskräfte allmählich wieder die Oberhand gewinnen. Die derzeitigen Lieferengpässe dürften im Jahresverlauf abflauen. Die hohen Auftragsbestände der Industrie bieten dann gute Voraussetzungen für eine recht dynamische Erholung im Sommer und Herbst dieses Jahres. Der private Konsum wird allerdings durch die im Jahresverlauf weiterhin erhöhte Inflationsrate etwas gedämpft. Die Nachholeffekte dürften hier also nicht ganz so deutlich ausfallen. Für das gesamte Jahr 2022 erscheint aus heutiger Sicht dennoch ein Wirtschaftswachstum von rund 3,5 % möglich. Das wäre ein kräftiger Wachstumsschub und würde das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland – wahrscheinlich im zweiten Quartal dieses Jahres – wieder über das Vor-Pandemieniveau heben.

Preisdruck bleibt auch mittelfristig erhöht

Der prognostizierte Rückgang der Inflationsrate in Deutschland fiel im Januar 2022 deutlich geringer aus als erwartet: Mit einer Jahresrate von 4,9 % ist der Preisauftrieb weiterhin sehr kräftig. Das ist vor allem auf den nach wie vor kräftigen Anstieg der Energiepreise zurückzuführen. Im Euroraum kam es zu Beginn des Jahres sogar zu einer weiteren Beschleunigung der Teuerungsrate auf 5,1 %, nach 5 % im Dezember 2021.

Zwar ist damit zu rechnen, dass die Inflationsraten im Jahresverlauf allmählich wieder sinken, dennoch ist für den Jahresdurchschnitt 2022 sowohl in Deutschland als auch im Euroraum inzwischen mit einer Teuerungsrate von rund 4 % zu rechnen. Eine ausführliche Prognose zur Konjunktorentwicklung und der Inflationsrate wird der Bankenverband am 23. März 2022 veröffentlichen.

Auch mittelfristig wird die Inflationsrate nicht auf ihr Vorpandemie-Niveau zurückfallen. Dafür sprechen besonders strukturelle Faktoren, wie der durch den demografischen Wandel bedingte Fachkräftemangel, der Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit (Stichwort „Greenflation“) sowie eine Neujustierung globaler Lieferketten in Folge der Pandemie (Stichwort „Resilienz“). Die Inflationsrate in Deutschland und in der Währungsunion wird daher voraussichtlich auch in den kommenden Jahren über dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2 % verharren.

Bei den Kapitalmarktzinsen hat es infolge der derzeit hohen Inflationsraten in den letzten Wochen bereits erste Bewegungen nach oben gegeben. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe ist im Januar 2022 erstmals seit Mai 2019 wieder in den positiven Bereich gestiegen. Ein Grund für diesen Anstieg waren die geldpolitischen Schritte der Fed, die ihr Anleihekaufprogramm bereits reduziert hat und für März dieses Jahres einen ersten Zinsschritt avisiert.

EZB noch in der Warteposition

Im Gegensatz dazu ist die EZB weiterhin zögerlich. Zwar hat sie den Ausstieg aus dem Pandemie-Kaufprogramm (PEPP) angekündigt, bisher aber noch kein Enddatum für das ältere Kaufprogramm (APP) beschlossen. Trotz der zu Jahresbeginn erneut gestiegenen Inflationsrate haben die Europäischen Währungshüter auf ihrer letzten Sitzung, Anfang Februar 2022, keine Änderungen des derzeitigen geldpolitischen Kurses angekündigt.

Im deutlich geänderten Preisumfeld geht die EZB mit dieser abwartenden Haltung ein gewisses Risiko ein. Sollte die Inflationsrate deutlich langsamer sinken als prognostiziert – wofür die ersten Inflationszahlen für den Januar 2022 bereits klare Anzeichen liefern – und die Marktteilnehmer außerdem erwarten, dass die Teuerungsrate in den kommenden Jahren über dem Zielwert der EZB von 2 % verharrt, könnten die Risikoaufschläge bei den Kapitalmarktzinsen zusätzlich steigen. Die EZB könnte dann gezwungen sein, mit abrupten Leitzinsänderungen gegenzusteuern.

Auch vor diesem Hintergrund rechnen viele Analysten inzwischen mit neuen Weichenstellungen der EZB auf der nächsten Ratssitzung am 10. März 2022. So wird die EZB dann eine neue vierteljährliche Inflationsprognose vorlegen, die aller Voraussicht nach sowohl für das laufende Jahr als auch für die Jahre 2023 und 2024 angehoben werden wird. Der EZB-Rat könnte daher ein Ende der Nettokäufe auch im APP-Programm für das dritte oder vierte Quartal dieses Jahres beschließen. Gemäß der von der EZB verkündeten „Schrittfolge“ wäre nach dem Ende der Nettokäufe noch in diesem Jahr auch ein erster Leitzinsschritt möglich.

Lage der Unternehmensfinanzierung

Knapp zwei Jahre nach dem ersten coronabedingten Lockdown im Frühjahr 2020 sind die Unternehmen in Gänze passabel durch die Krise gekommen. Hilfreich war dabei mitunter die jüngst um drei weitere Monate bis Ende Juni 2022 verlängerten Überbrückungshilfen des Bundes sowie den aktuell bis Ende April 2022 beantragbaren Corona-Hilfen der KfW.

Wirtschaftlicher Ausblick augenblicklich noch eingetrübt...

Das Geschäftsklima ist zuletzt wieder angestiegen und hat sich sowohl im Mittelstand als auch in Großunternehmen von der tatsächlichen Geschäftslage entkoppelt. Gleichwohl zeigen sich im zweiten Corona-Winter bzw. inmitten der vierten Welle insbesondere in den von den geltenden Einschränkungen direkt betroffenen Branchen (u. a. Einzelhandel, Tourismus, Gastronomie und Messen) mitunter deutliche, wenn auch teilweise nachlassende Blessuren. Laut aktueller ifo-Umfrage sieht sich nahezu jedes siebte Unternehmen – vornehmlich im Dienstleistungssektor – immer noch in seiner Existenz bedroht. In der Reise- und Veranstaltungswirtschaft berichten knapp drei Viertel der befragten Unternehmen von Existenzsorgen.

Die positiven Vorzeichen haben unmittelbare Auswirkungen auf das Investitionsverhalten der Unternehmen: Zwar wird davon ausgegangen, dass die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr wieder steigen werden, doch dürfte dies nicht ausreichen, um den Investitionsrückgang aus dem Jahr 2020 von knapp 11 % zu kompensieren. Insbesondere zur Erreichung der Klimaziele sind Schätzungen zufolge bis 2030 jährliche Mehrinvestitionen von 100 Mrd. Euro notwendig. Gelingen kann dies durch gezielte Anreize wie z. B. einer Investitionsprämie für Klimaschutz und digitale Wirtschaftsgüter. Diese sogenannten „Superabschreibungen“ sind im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung enthalten und werden aktuell noch diskutiert.

Trotz dieses verhaltenen Ausblicks zum Jahresanfang steigt die Erwartungshaltung in den Unternehmen, dass sich die gegenwärtig ausbremsenden Faktoren wie Pandemieentwicklung sowie Lieferkettenengpässe spätestens im zweiten Quartal 2022 beginnen aufzulösen. Ein solider Aufschwung unter anderem getragen von gesteigerten Exporten und nicht zuletzt verstärkten Investitionen scheint in der zweiten Jahreshälfte 2022 weiter möglich, obgleich beispielsweise der jetzt schon in einigen Branchen eklatante Fachkräftemangel in der kommenden Zeit noch deutlich verstärken dürfte.

...aber wichtige Determinanten verbreiten zunehmend Optimismus

Ein erfreuliches Signal kommt in diesem Zusammenhang aus dem Mittelstand: Nachdem es in den vergangenen zwei Jahren in puncto Nachfolgemanagement oftmals kaum Bewegung gab, vermelden etwa 4 % der mittelständischen Unternehmen, dass Nachfolgepläne entweder schon beschlossen oder zumindest in Verhandlung sind. Mit dem ab 2025 beginnenden Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter könnte sich die strukturelle Nachfolgelücke – wie auch generell der Fachkräftemangel – nochmals verschärfen. Umso wichtiger sind zielgenaue Regelungen in der Mittelstandsfinanzierung, mit denen Unternehmensaufspaltungen oder Holdingstrukturen künftig finanziert werden können.

Die Anzahl der Unternehmensgründungen hat im vergangenen Jahr wieder zugelegt und bereits das Vorkrisenniveau übertroffen: Laut Statistischem Bundesamt ist die Anzahl der Gewerbeanmeldungen im Vergleich zu 2020 um 8,4 %, gegenüber 2019 um 3,5 % angestiegen. Dies betrifft insbesondere die Anmeldung größerer Unternehmen, während zuletzt weniger Kleinunternehmen angemeldet wurden.

Rückläufig entwickelt sich die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland. Laut Statistischem Bundesamt haben (gemäß den aktuell vorliegenden, endgültigen Zahlen bis November 2021) im Vergleich zum November 2020 die Anzahl beantragter Unternehmensinsolvenzen um 4,6 % zugenommen. Vergleicht man die Anzahl der Insolvenzen in 2021 aber mit dem Vor-Corona-Jahr 2019, ist ein Rückgang um 22,6 % zu konstatieren. Überraschend ist die branchenmäßige Verteilung der zuletzt gemeldeten Insolvenzen: Hier liegt das Baugewerbe deutlich vor dem Handel und Dienstleistungssektor. Es ist davon auszugehen, dass die konkreten Nachwirkungen der Pandemie erst nach dem Auslaufen der Unternehmenshilfen bzw. der Kurzarbeitergeld-Regelungen augenscheinlich werden. Gleichwohl sind wohl Nachholeffekte in Form einer großen Pleitewelle oder der im vorigen Jahr noch befürchtete Anstieg von „Zombie-Unternehmen“, die nur mit entsprechenden Wirtschaftshilfen am Leben gehalten werden, nicht zu erwarten.

Handlungsrahmen der Banken sollte in dieser Situation nicht gestutzt werden

Auf der Finanzierungsseite steht die Ampel weiter auf grün: Angesichts der Lage an den Finanzmärkten hat sich laut Einschätzung der EZB die Refinanzierungssituation der Kreditinstitute zuletzt deutlich verbessert. Auch konnten diese ihre Eigenkapitalposition weiter stärken. Nach wie vor sind keine signifikanten Ausfälle (Non Performing Loans) zu erwarten, welche die Handlungsfähigkeit der Banken in ihrer originären Tätigkeit, der Finanzierung der Wirtschaft mittels Kreditvergabe, beeinträchtigen könnte.

Einschränkungen für die Unternehmensfinanzierung könnten sich gleichwohl im Zusammenhang mit den jüngst beschlossenen makroprudenziellen Maßnahmen entwickeln. Die Heraufsetzung des antizyklischen Kapitalpuffers auf 0,75 % und zusätzlich die Festsetzung eines Systemrisikopuffers für Wohnimmobilienfinanzierungen in Höhe von 2 % könnte die Kreditvergabekapazität der Banken einschränken. Zu befürchten ist zudem eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen, insbesondere bei den Immobilienkrediten. Pauschale makroprudenzielle Kapitalerhöhungen könnten eine rasche Auflösung des Investitionsstaus empfindlich verzögern. Es erscheint sinnvoll, die Aktivierung dieser Maßnahmen auf einen Zeitpunkt zu verschieben, zu dem die Unsicherheiten über die wirtschaftliche Entwicklung geringer sind und sichergestellt ist, dass die Fähigkeit des Bankensystems, das Wachstum zu begleiten, nicht eingeschränkt wird. Dies gilt umso mehr mit Blick auf die Erfüllung der ambitionierten Klimaziele und die weitreichenden Transformationsvorhaben der neuen Bundesregierung.

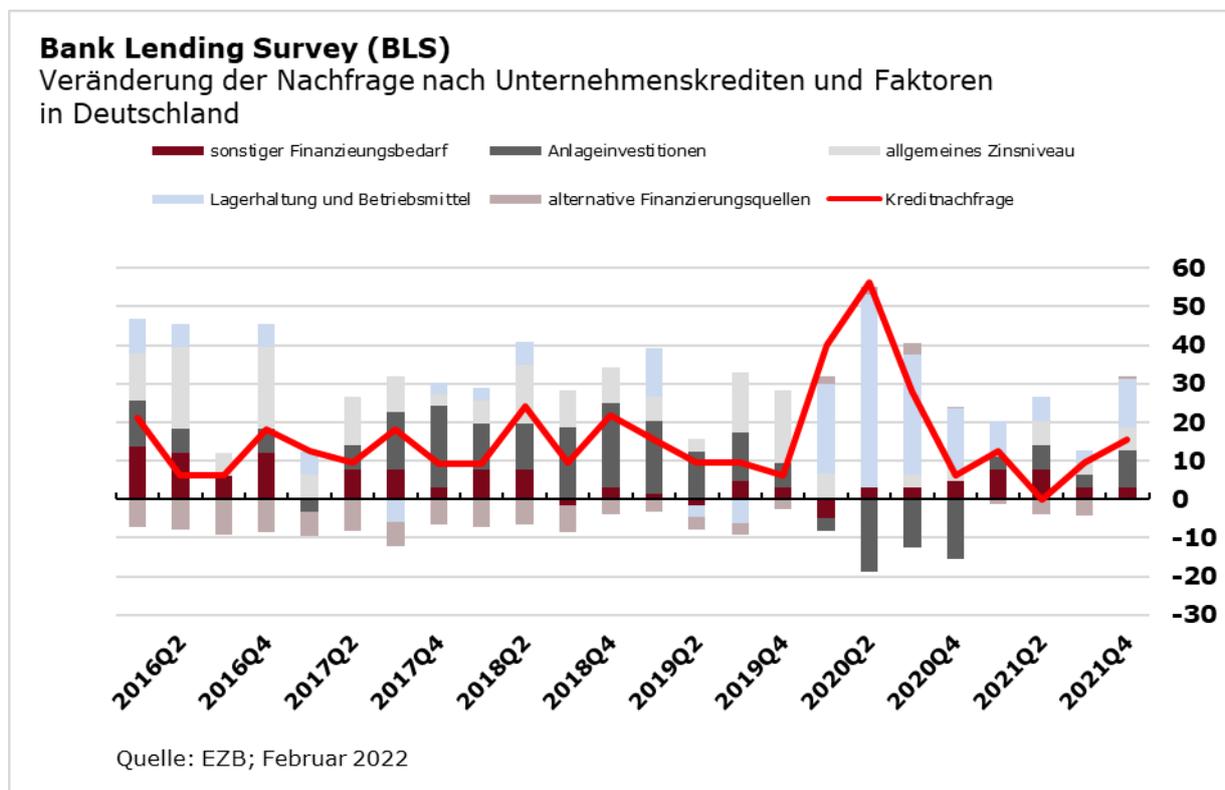
Kreditvergabe und -bedingungen für Unternehmen

Wenig überraschend wirkt sich das gesamtwirtschaftliche Umfeld, bestehend aus Lieferengpässen, Preissteigerungen und unklaren Pandemieentwicklungen, auch auf die Kreditvergabe aus. Dies liegt nicht an einem schwachen Angebot, sondern an der noch nicht wieder in Schwung gekommenen Nachfrage der Unternehmen.

Finanzierungsbedarf deutscher Unternehmen aktuell noch überschaubar...

Seitens der Unternehmen hat sich laut aktueller KfW-ifo Kreditürde zwar die Nachfrage insbesondere im Mittelstand nach mehrmonatigen Rückgängen wieder etwas gefangen, ist aber weit entfernt von den erwarteten bzw. benötigten Durchstarttendenzen. Aufmunternd ist gleichwohl die Tatsache, dass knapp ein Viertel der befragten Großunternehmen sowie ein Fünftel der KMUs zuletzt in Kreditverhandlungen waren – immerhin im Vergleich zum Vorquartal ein leichter Aufwärtstrend. Unbeeindruckt bewerten Unternehmen die Zugangsbedingungen zu Krediten weiterhin als gut, bei Großunternehmen sogar als deutlich gelockert, während kleinere Unternehmen – insbesondere aus dem Dienstleistungssektor, verarbeitenden Gewerbe und Einzelhandel – von größeren Einschränkungen berichten.

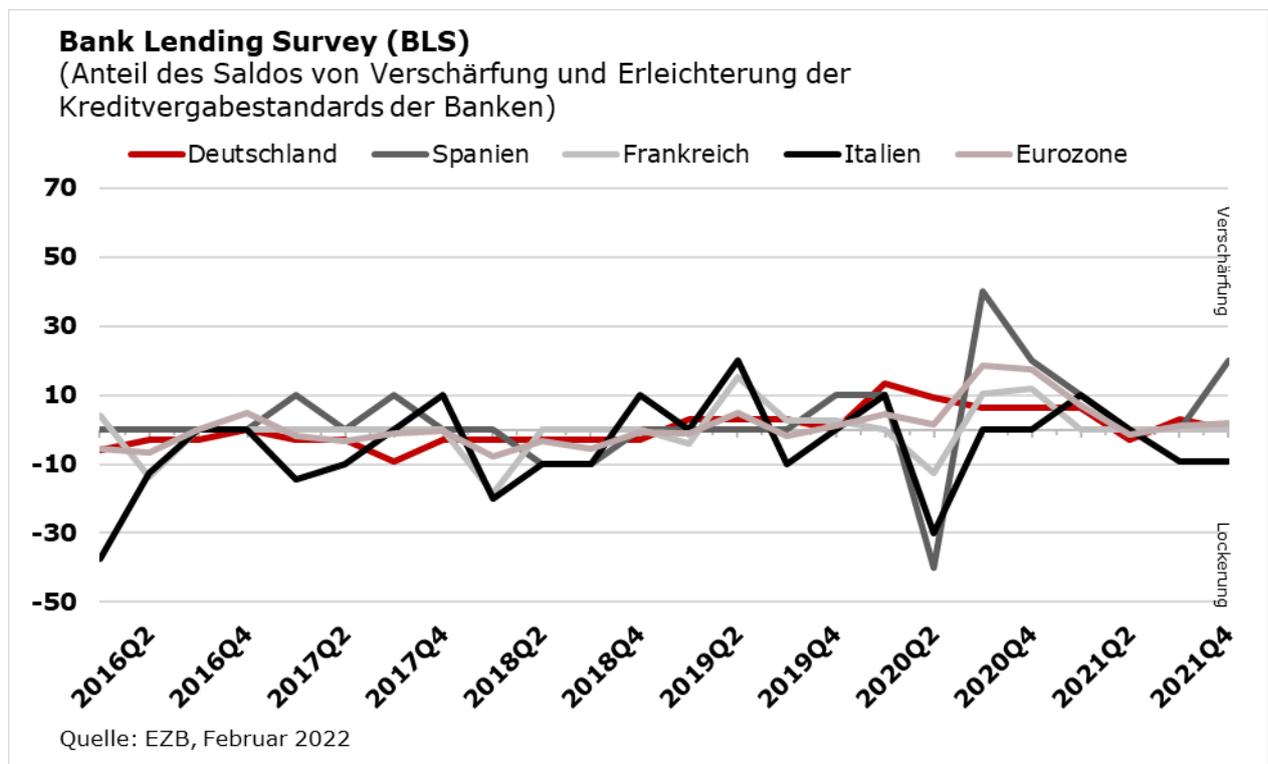
Diese Einschätzungen zu den Kreditstandards werden auch seitens der im Rahmen des vierteljährlichen Bank Lending Surveys (BLS) der Europäischen Zentralbank (EZB) befragten deutschen Banken bestätigt: Demnach wurden die Kreditbedingungen für Unternehmenskunden weiter gelockert – unter anderem indem Margen weiter verengt wurden – und blieben die Kreditrichtlinien im vierten Quartal 2021 unverändert (Ausnahme Gewerbeimmobiliensektor).



Für die kommenden Monate rechnen die befragten Banken mit weiteren Lockerungen bei Unternehmenskrediten. Auch wenn zuletzt die Unternehmensnachfrage nach Krediten zugenommen hat, blieb dies doch hinter den Erwartungen der Banken zurück. Als Gründe für die erhöhte Nachfrage nennen die Banken den erhöhten Mittelbedarf, beispielsweise für Lagerhaltung und Betriebsmittel sowie für Anlageinvestitionen. Auch die Zunahme von Unternehmensfusionen und Umstrukturierungen wird als Grund für eine erhöhte Kreditnachfrage aufgeführt.

... in der Eurozone aber bereits ein Trendumkehr erkennbar

Mit Blick auf die gesamte Eurozone fällt auf, dass die insgesamt 151 befragten europäischen Banken für das zurückliegende 4. Quartal 2021 einen deutlicheren Anstieg der Nachfrage der Unternehmen nach Krediten oder der Inanspruchnahme von Kreditlinien verzeichnet haben (+18 % nach +8 % im Vorquartal). Dies lässt sich auf einen erhöhten Finanzierungsbedarf der Unternehmen sowohl für Betriebskapital als auch für Anlageinvestitionen zurückführen. Auch Fusionen, Übernahmen sowie Umstrukturierung der Schulden haben zuletzt den Fremdkapitalbedarf von Unternehmen angetrieben. Auch für das erste Quartal 2022 gehen die Banken von einem weiteren Anstieg der Kreditnachfrage durch Unternehmen aus, insbesondere in Bezug auf längerfristige Investitionen. Wie bereits im 4. Quartal 2021 wird auch für das laufende 1. Quartal 2022 mit weitgehend stabilen Vergabestandards gerechnet.



Diese Erwartungshaltung wird durch die von der Bundesbank veröffentlichten, rückblickenden Zahlen zu den ausstehenden Kreditvolumen von Unternehmen und Selbstständigen im vierten Quartal 2021 bestätigt: Das Volumen ist sowohl im Vergleich zum Vorquartal als auch zum Vorjahr deutlich angestiegen und erreicht einen neuen Höchst-

stand. Auffallend ist zudem, dass zwar die Verteilung zwischen kurz- und mittelfristigen Krediten (beide etwa 16 %) sowie langfristigen Krediten (zwei Drittel) nahezu unverändert bleibt, gleichwohl aber die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten zuletzt deutlich zugenommen hat, während langfristige Darlehen moderat steigen.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige (Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzierungsinstitutionen und Versicherungen)

Quartal	Insgesamt*	Kredit- banken	Spar- kassen	Landes- banken	Kredit- genossen
Stand Quartalsende in Mrd. €					
Q1/2020	1.000,52	306,02	284,67	116,35	204,36
Q2/2020	1.015,06	309,15	287,96	115,41	206,63
Q3/2020	1.008,45	296,74	290,47	113,00	209,72
Q4/2020	1.004,14	289,98	292,00	109,75	211,86
Q1/2021	1.023,52	296,39	294,22	116,00	215,39
Q2/2021	1.010,26	288,76	295,18	108,04	216,83
Q3/2021	1.016,73	286,55	297,40	110,38	220,26
Q4/2021	1.038,10	296,97	299,25	120,07	222,91
Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum (in %)					
Q1/2020	5,7	5,4	4,3	2,5	5,2
Q2/2020	5,2	3,0	4,4	1,2	4,6
Q3/2020	4,2	0,9	4,2	-1,7	4,9
Q4/2020	3,6	-1,4	4,0	-3,5	5,3
Q1/2021	2,3	-3,1	3,4	-0,3	5,4
Q2/2021	-0,5	-6,6	2,5	-6,4	5,0
Q3/2021	0,8	-3,4	2,4	-2,3	5,0
Q4/2021	3,4	2,4	2,5	9,4	5,2
Nachrichtlich: Veränderungen gegenüber Vorquartal (in %)					
Q1/2020	3,2	4,1	1,4	2,3	1,6
Q2/2020	1,5	1,0	1,2	-0,8	1,1
Q3/2020	-0,7	-4,0	0,9	-2,1	1,5
Q4/2020	-0,4	-2,3	0,5	-2,9	1,0
Q1/2021	1,9	2,2	0,8	5,7	1,7
Q2/2021	-1,3	-2,6	0,4	-6,9	0,7
Q3/2021	0,6	-0,8	0,7	2,2	1,5
Q4/2021	2,1	3,6	0,6	8,8	1,2

*Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Februar 2022

Die privaten Banken holen insbesondere zum 3. Quartal 2021 auf und es kann von einer Normalisierung der Kreditvergabe in den kommenden Quartalen ausgegangen werden. Eindrücklich ist der Anstieg insbesondere bei Großbanken (Entwicklung zum Vorquartal: +4,7 %, zum Vorjahr: +6,5 %) sowie Auslandsbanken (Entwicklung zum Vorquartal: +8,8 %, zum Vorjahr: +2,2 %).

Zusammenspiel von Sustainable Finance und Unternehmensfinanzierung

Angesichts der sogenannten „Twin Transition“, also der gleichzeitig zu bewältigenden nachhaltigen und digitalen Transformation der Wirtschaft, stehen produzierende Unternehmen und Banken im Spotlight, um nachhaltige Produkte, Lieferketten und passgenaue Finanzierungen bereitzustellen bzw. auszubauen. Sie alle wissen: Ohne massive Anstrengungen sämtlicher Beteiligter wird der Klimawandel nicht gestoppt und die Wirtschaft nicht modernisiert.

Längst existiert eine Vielzahl an nationalen und europäischen Gesetzen sowie Standards, um negative Umwelt- und Klimaauswirkungen („E“) zu reduzieren, soziale Teilhabe („S“) zu fördern und eine nachhaltige Unternehmensführung („G“) zu begünstigen. Diese werden in ihrer Regulierungstiefe und Anwendungsbreite in den kommenden Jahren noch deutlich ausgeweitet. Mit der jüngst weiter präzisierten EU-Taxonomie gibt es schon jetzt ein europaweites Regelwerk, das große Auswirkungen auf die Wirtschaft und speziell auf das Bankgeschäft hat. Aber auch der Erwartungsdruck seitens der Kunden, des Marktes und der Gesellschaft ist erheblich gestiegen.

Und doch sehen viele Kreditinstitute die gewaltigen Herausforderungen vor allem als eine Chance, denn durch frühzeitige Implementierung der Standards und Vorgaben sowie einer nachhaltigen Ausrichtung lassen sich signifikante Wettbewerbsvorteile erzielen. Die Banken haben daher ein originäres Interesse daran, ihr Geschäft mit Krediten bzw. Anlagen in nachhaltigen Vermögensgegenständen deutlich auszubauen und auf diese Weise den Klimaschutz zu finanzieren.

Im Zusammenspiel von Sustainable Finance und Unternehmensfinanzierung stellen sich aber nach wie vor zahlreiche Fragen:

- Welche Rolle nehmen Banken in Bezug auf nachhaltige Finanzierung ein?
- Wird sich die Unternehmensfinanzierung spürbar verändern?
- Sind Verwerfungen zwischen Kunden und Bank zu befürchten?
- Welche Auswirkungen hat Sustainable Finance auf die Kreditvergabe?
- Was bedeuten die Vorgaben aus der Taxonomie-Verordnung konkret für Banken und Unternehmen?

Antworten auf diese Fragen finden sich in der [aktuellen Ausgabe zum Thema „Sustainable Finance“ in der Broschüren-Reihe fokus|unternehmen](#), die der Bankenverband in Zusammenarbeit mit einem Expertenbeirat (BDI, BGA, VDB, ZDH und dem Verband Die Familienunternehmer) erstellt hat.